15 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 914, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 458. Sonnabend, 20. September 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Longuet wider den Geist von Versailles.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Basel**, 19. September.

Zu der französischen Kammer erfolgte gestern der erwartete Hauptangriff der Linkssozialisten auf die französische Friedenspolitik.

Longuet, der zum Sprecher der sozialistischen Mehrheitsgruppe ausersehen war, verwahrte sich von vornherein gegen den Vorwurf, er wolle sich zum Verteidiger Deutschlands aufwerfen oder ausführen, der Vertrag sei für Deutschland allzu ungünstig. Er erklärte aber dann mit allem Nachdruck, der Versailler Vertrag atme denselben Geist der Gewalttätigkeit, der auch alle früheren Friedensverträge beherrsche. Die Abrüstungsfrage sei nicht durchgeführt. Die verbündeten Mächte wollten einfach nicht. Nur Amerika sei zu Opfern bereit gewesen. Es wäre aber unerhört, daß nicht sämtliche verbündeten Staaten die Lasten gleichmäßig tragen wollten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei im Vertrag mit Füßen getreten. Zwar wären einige Ungerechtigkeiten wieder gutgemacht worden, aber dafür eine Reihe neuer Elsaß-Lothringen geschaffen worden. Die Bestimmungen über die linksrheinischen Gebiete, welche die französische Regierung hätte durchsetzen wollen, seien die beste Verteidigung, die man der Bismarckschen Gewaltpolitik habe geben können. Die Fülle der Forderungen, die man jetzt in Frankreich wolle, wären für Frankreich unheilvoll. Namentlich eine Teilung Deutschlands anzustreben, wäre eine reaktionäre Utopie. Longuet erinnerte weiter an die Stimmung, die sich schon während des Krieges gegen den Militarismus und Annexionismus erhoben hätte. Die deutschen Sozialisten hätten so wenigstens die Ehre gerettet.

Hier ruft Barthou dazwischen: „Ein deutscher Sozialist hat mit Begierde auf den Einfall in Belgien gelegt, die Ehre sei eine bürgerliche Utopie. Die Deutschen haben ferner den Belgiern erklärt, Belgien hätte sich Großes erwarben können, wenn es den deutschen Einfall ruhig hätte geschehen lassen." Frankreich habe durchaus das Recht, Deutschland Maßnahmen aufzuerlegen, die seiner Sicherheit dienten. „Wenn Sie von einem Gewaltfrieden sprechen wollen, so sprechen Sie vom Brest-Litowsker Frieden."

Longuet verteidigt neuerdings die Haltung gewisser deutscher Sozialisten, die, wie Liebknecht, Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein, schon im Dezember 1914 gegen den Einbruch in Belgien protestiert hätten, und deswegen zum Teil ins Gefängnis hätten wandern müssen. „Ihnen, Herr Barthou," ruft Longuet aus, „ist das freilich nicht passiert." Barthou springt stürmisch auf und gibt Longuet eine Erwiderung, doch geht sie in dem allgemeinen Lärm unter, den der Zwischenfall hervorgerufen hat. Longuet leitet dann über, die gegenwärtigen reaktionären und unvernünftigsten Strömungen in Deutschland zu schildern, an denen schließlich auf das Thema Entente mitschuldig sei, und kommt schließlich auf das Thema Gutmütigkeit zu sprechen. Gegenüber seiner Behauptung, Bullitt sei im Auftrage des Oberst House und mit Wissen Lloyd Georges mit einem Friedensvorschlag der englischen und amerikanischen Regierung nach Rußland gesandt worden, weist Clemenceau darauf hin, daß Lloyd George ihm persönlich nichts von solchen Friedensvorschlägen mitgeteilt habe. Longuet kritisiert darauf noch scharf die ganze russische Politik der Entente und namentlich Frankreichs, die von Pichon inspiriert sei, und befürwortet die Notwendigkeit, mit Räte-Rußland die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen, was Pichon zu der Erklärung veranlaßte: „Wir sind darin einig, daß wir die Handelsbeziehungen mit Rußland nicht wieder aufnehmen werden."

Die Verbandspolitik gegen Rußland.

Eigene Drahtmeldung.

V. **Kopenhagen, 19. September.**

Wie der Londoner Berichterstatter der „Nationalidende" mitteilt, bestreiten, den französischen Blättern zufolge, die amerikanischen und französischen Friedensdelegierten, daß die Truppen der Verbündeten aus Rußland zurückgezogen werden sollen. Laut „Echo de Paris" behaupten die Amerikaner vielmehr, Wilson fördere die Betämpfung der Sowjetregierung aufs nachdrücklichste. Die englische Presse ist völlig desorientiert, da die Mitteilungen von dem Beschluß der Verbündeten, jede weitere Einmischung in russische Verhältnisse abzuweisen, aus augenscheinlich amtlich britischer Quelle stammte. Lloyd George gilt als Haupt, vorkämpfer der neuen Politik gegen Rußland, obwohl diese im Widerspruch mit seiner bisherigen Auffassung steht.

Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" hat im Gegensatz zu allen anderslautenden Berichten von dem französischen Ministerium des Auswärtigen erfahren, daß der Oberste Rat nicht daran gedacht hat, die russische Frage zu besprechen und daß sie nicht zur Sprache gekommen ist.

§ **Stockholm**, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) „Dagens Nyheter" erfährt aus Helsingfors: Die französische Delegation für die baltischen Länder, an deren Spitze General Etienne steht, ist auf Hoë-Gods in Nyköping eingetroffen. Die Veranstaltung der Reise scheint der Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Estland und der russischen Sowjetregierung zu sein. Zwei Armeekorps des russischen Nordwestheeres sind vorgerückt und haben mehrere Städte erobert. Tanks, die an der Front eingetroffen sind, haben unter den Bolschewisten eine Panik hervorgerufen.

V. **Kopenhagen, 19. September.** (Eigene Drahtmeldung.) **Der „Nationaltidende" wird aus Reval berichtet: General Soots erklärte, es sei eine Delegation nach Pskow abgesandt worden, um zu betonen, daß nur die Rede von Frieden sein könne, wenn auch Lettland, Litauen und Polen und vielleicht Finnland an den Friedensverhandlungen teilnähmen. Die Bolschewisten sollen Petersburg verlassen. Bei Ablehnung dieser Bedingungen werden die Randstaaten Pläne für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Bolschewisten ausarbeiten.**

Finnland und das russische Angebot.

Eigene Drahtmeldung.

J. **Helsingfors**, 19. September.

Wie verlautet, steht die finnische Regierung dem Gedanken eines Friedensschlusses mit Räterußland sehr skeptisch gegenüber. Auch die gesamte bürgerliche Presse Finlands beurteilt die Friedenstraute wenig optimistisch, weil man in dem Angebot nur die bekannte bolschewistische Taktik erblickt. Entscheidendes Gewicht wird auf die Ententepolitik gelegt, deren Ziele allerdings noch unklar sein. „Helsingin Sanomat" hält es für einen immerhin bedeutsamen Schritt, daß die Räterepublik durch das Friedensangebot ihr tatsächlich Kriegszustand zwischen Finnland und Rußland anerkannt hat, was die Bolschewisten bisher stets leugneten.

Bulgariens neue Grenzen.

R. **Basel**, 19. September.

Der bulgarische Friedensvertrag wird heute den bulgarischen Delegierten übergeben. Die Südgrenze Bulgariens ist im Vertrag auf die Rhodope-Linie festgelegt, jedoch erhält Bulgarien die Bürgschaft, daß es unter dem Schutze des Völkerbundes einen wirtschaftlichen Ausweg zur Ägäischen Küste erhält. Die Grenze mit Rumänien bleibt dieselbe wie im Bukarester Frieden, dagegen wird die Ostgrenze zugunsten Serbiens geändert, und zwar im Strumatale gerade, wo der Bogen des Flusses an Serbien fällt.

Was die finanziellen Bedingungen anlangt, so erlassen die Verbündeten Bulgarien die Schulden, die es gegen Deutschland einging, und auf die Deutschland durch den Vertrag von Versailles zugunsten der Verbündeten Verzicht leistete. Die Balkanstaaten werden in der Wiedergutmachungskommission, welche in Sofia tätig sein wird, nicht vertreten sein.

Verbandsdrohungen wegen des Baltikums.

Der Beschluß der Pariser Konferenz.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allgem. Ztg."

⊙ **Paris**, 19. September.

Die Konferenz der Verbündeten hat beschlossen, Deutschland nochmals zur Räumung der baltischen Provinzen aufzufordern, unter der Androhung von wirtschaftlichen Maßnahmen und Druckmitteln, wie der Wiederherstellung der Blockade, der erneuten Weigerung Amerikas, Kredite zu erteilen und Aufhebung der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Frankreichs Pfänder.

R. **Basel**, 19. September. (Eigene Drahtmeldung) Nach einer Pariser Havasnachricht erörterte der Senat die Vorlage über die Liquidation der Güter, die während des Krieges Gegenstand von Sequestrierungsmaßnahmen bildeten. Justizminister Nail erklärte, daß 15 820 Sequestrierungen seit 1914 in Frankreich ausgesprochen wurden. Diese sequestrierten Güter stellten einen Wert von anderthalb Milliarden Franken dar. Annexionsfeindliche erhielten 165 883 Gutklärungen von feindlichen Gütern und Werten zum Besitz der Franzosen. All dieses bilde ein bedeutendes Pfand für die Wiedergutmachungen der von den Deutschen verursachten Schäden in den Händen Frankreichs. Die Schuldforderungen sollten in möglichst kurzer Frist eingebracht werden. Die Lage fordere die Liquidation der deutschen Güter. — Der Senat nahm die Vorlage an.

Die Hinrichtung Leneirs ist im letzten Augenblick aufgeschoben worden.

Keine Auskunft Wilsons über Kiautschou.

R. **Basel**, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die amerikanischen Blätter berichten, daß man nachdrücklich jeglichen Meinungsaustausch zwischen Washington und Tokio über die Schantungangelegenheit und die von Baron Uchida abgegebene Erklärung in Abrede stellt, trotz der Gerüchte, wonach die Vereinigten Staaten und Japan über den Zeitpunkt der Rückgabe Kiautschous verhandeln wollen. Andererseits hat sich Präsident Wilson geweigert, auf die Anfrage zu antworten, ob es zutreffe, daß die Vereinigten Staaten von Japan verlangt hätten, den Zeitpunkt der Rückgabe Kiautschous an China festzulegen. Indessen bestätigt eine von der französischen Presse veröffentlichte Nachricht die Genauigkeit der kürzlich erhaltenen Auskunft.

Lansing bestreitet Rücktrittsabsichten.

⊙ **Paris**, 19. September. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Nach dem „New York Herald" bestreitet Lansing, daß er im vergangenen Frühjahr zweimal seinen Rücktritt angeboten habe. Auch daß gegenwärtig wieder ein Rücktrittsgesuch von ihm vorliegt, wird dementiert. Lansing wartet zunächst den Ordinalbericht der Erklärung Bullitts ab, um seinerseits Gegenerklärungen abzugeben.

Dänische Milch für Deutschland.

Kopenhagen, 19. September. In der letzten Zeit wurde verschiedentlich über die Ausfuhr dänischer Milch nach Deutschland verhandelt, aber die Valutafrage stand hindernd im Wege. Nun ist eine Einigung erzielt worden und der Transport von pasteurisierter und sterilisierten Milch kann beginnen.

500 000 Tonnen Ruhrkohle für Frankreich?

Eigene Drahtmeldung.

D. **Essen, 19. September.**

Wie wir berichtet wird, ist mit den Franzosen ein vorläufiges Abkommen auf Lieferung von 500 000 Tonnen Ruhrkohle monatlich getroffen worden. Das Kohlensyndikat liefert die Kohlen auf dem Wasserwege nach Rotterdam, wo die Umladung in Seeschiffe erfolgt. Zu Grunde gelegt ist in den Lieferungen der Auslandspreis des Kohlensyndikats. Das Abkommen ist unabhängig von dem Friedensvertrag getroffen, da dieser ja von den Franzosen noch nicht ratifiziert worden ist. Die Lieferungen haben bereits begonnen.

* * *

Wir geben diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder und möchten fast annehmen, daß sie auf einem Mißverständnis beruht, denn sie klingt in dieser Form durchaus unwahrscheinlich. Die Kohlennot in Deutschland ist so groß, daß Kohlelieferungen außerhalb des Friedensvertrages, d. h. solche Lieferungen, die auf unsere vertraglichen Verpflichtungen nicht angerechnet werden würden, als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichnet werden müssen. Hat doch Deutschland noch Lieferungsverpflichtungen gegen die Schweiz und Holland, auf deren Lebensmitteleinfuhr es angewiesen ist, und sie haben in letzter Zeit zum Teil einstellt werden müssen. Die Nachricht würde aber an Wahrscheinlichkeit gewinnen, wenn es sich etwa um Kohlenlieferungen handelte, die auf unsere vertragsmäßigen Verpflichtungen angerechnet werden könnten.

Das Entschädigungsgericht für die Kolonialdeutschen.

Im Reichskolonialministerium fand gestern eine Sitzung statt, in der unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Bell die endgültige Fassung des Entwurfs eines Entschädigungsgesetzes für die Kolonialdeutschen mit den beteiligten Ministern festgestellt wurde. Der Entwurf wird demnächst den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden.

Die Vorbereitungen zur Abstimmung in Schleswig.

V. **Kopenhagen**, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Minister H. P. Hanssen machte in einer Versammlung in Kolding Angaben über die Tätigkeit der internationalen Kommission. Er erklärte u. a.: Die vier Kommissionsmitglieder arbeiten mit größter Energie. So ist ein Abstimmungsreglement ausgearbeitet. Stimmzettel und Listen sind gedruckt. Auf den Stimmzetteln steht: Dänemark—Deutschland auf der einen Seite und auf der andern Seite dasselbe in dänischer Sprache. Es werden verschiedene Karten ausgestellt, eine, die gleichzeitig als Paß gilt und von der Heimatsgemeinde ausgefertigt wird. Sie gilt zugleich als Eisenbahnfreikarte. Die Gendarmerie wird mit zum Militär gerechnet und verschwindet mit diesem. An ihre Stelle treten 150 Polizisten.

Austritt Japans aus dem Syndikat der fünf Mächte.

-l. **Frankfurt a. M.**, 19. September. (Eigene Drahtmeldung.) Laut „Frankfurter Zeitung" notifizierte die japanische Regierung ihren Austritt aus dem Fünfmächte-Syndikat für die chinesische Anleihe.

Die staatsrechtliche Frage im besetzten Gebiet.

Nach Pariser Meldungen äußerte Pichon im französischen Kammerausschuß, die Rechtsauffassung der Verbündeten über die staatsrechtliche Lage der besetzten deutschen Gebiete sei die, daß Befehle der Besatzungsbehörden in jedem Falle Reichsgesetzen voranzugehen hätten.

Diese Neuerung klingt, als handle es sich hier um eine kleine nova, die jeder rechtlichen Auslegung zugängig wäre. Wenn Pichon eine derartige Bemerkung wirklich gemacht hat, so muß er dergestalten haben, daß vor etwa zwei Monaten eingehende Verhandlungen zwischen dem Obersten Rat und der Reichsregierung gepflogen worden sind, in denen eine genaue Abgrenzung der beiderseitigen Rechte und Pflichten erfolgt ist. Maßgebend für das Recht der Besatzungstruppen ist alles, was zu deren Sicherheit beiträgt. Selbstverständlich ist dieser Begriff sehr ausdehnungsfähig, und vor allem hat die besetzende Macht die Möglichkeit, durch Verhängung des Belagerungszustandes ihre Rechte praktisch sehr zu erweitern. Indessen ist darauf hinzuweisen, daß die Verhandlungen über die Belegung der Rheinlande in einem Sinne und Tone geführt worden sind, der für die Zukunft die Hoffnung auf loyale gegenseitige Verständigung aufkommen ließ.

Aeußerungen, wie die von Herrn Pichon, wenn sie wirklich in der gemeldeten Form gefallen sind, wirken nicht gerade geeignet, das gegenseitige Vertrauen zu stärken, ganz abgesehen davon, daß sie inhaltlich nach dem zwischen uns und Frankreich geschlossenen Vertrage unhaltbar werden.

Die Einkommensteuer im Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird mitgeteilt: Der oberste militärische Verwalter des Saargebiets, General Andlauer, veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach das Gesetz vom 4. Juni 1919 der deutschen Regierung über die Einkommensteuer im Saargebiet ungültig ist. Es darf jedoch daraus keinerlei Gesetzlosen werden, daß eine derartige Steuer im Saargebiet niemals angefordert wird. Die Frage ist nur bis zur Ankunft der Regierungskommission zurückgestellt.

Unsere Verkehrslage.

Minister Oeser über die neuen Bahntarife.

In der gestrigen Sitzung der preußischen Landesversammlung begründete Eisenbahnminister Oeser die Notwendigkeit erhöhter Bahntarife folgendermaßen:

Auch wir ist es durchaus unerwünscht, mit einer solchen Forderung vor das Haus treten zu müssen. Es liegt aber die unbedingte Notwendigkeit vor, die Eisenbahneinnahmen zu erhöhen. Meine noch im Mai gehegte Hoffnung, eine Besserung durch die Zunahme des Betriebes herbeiführen, ist unerfüllt geblieben. Zwar macht sich augenblicklich ein allmähliches Ansteigen des Wirtschaftslebens bemerkbar, und die außerordentlich ungünstigen Valutaverhältnisse wären für die Belebung des wirtschaftlichen Verkehrs insofern von Bedeutung, als dadurch die Ausfuhr gehemmt werden könnte, wenn wir nur Rohstoffe und Arbeit haben, denn man hungert auch im Auslande nach deutschen Erzeugnissen, nach deutscher Ware. Wenn aber trotzdem eine Verkehrssteigerung sich nicht durchsetzen kann, so liegt das an äußeren Umständen. Gewiß stehen 50 000 Waggons da, die ich nicht benutzen kann, weil es mir an betriebsfähigen Lokomotiven gebricht; die bekomme ich aus den Werkstätten nicht in dem Maße heraus, wie ich sie brauche. Daneben hat der Reichskohlenkommissar eine immer weitere Beschränkung des Zugverkehrs verlangt. Die letzte Ursache dieser Kalamitäten liegt also, abgesehen in dem Mangel an Kohle. Gs bleibt mir nichts übrig, als den Ausgleich in der Tariferhöhung zu suchen. Diese scheint in das gesunde Fleisch des Wirtschaftskörpers hier ein, denn es muß nicht nur eine Erhöhung der Gütertarife herbeigeführt werden, bei der die Landesversammlung mitzuvertreten hat, sondern gleichzeitig sind wir auch zu einer Erhöhung der Personentarifsätze gleichfalls um 50% genötigt, und ferner dazu, die meisten Ausnahmetarife aufzuheben. Die Entwicklung der Einnahmen ist trotz der bestehenden Tariferhöhungen keine günstige gewesen, und dazu ist die außergewöhnliche Steigerung der Ausgaben hinzugekommen. Die Mehrkohle betrug 1914 noch 12,20 ℳ, heute 68,90 ℳ (Rufe des Abgeordneten Hirt, hört!), und dazu kommen noch die Zuschläge von 45 ℳ für die Tonne. Das bedeutet den Mehrfür jeden Gtat. Dazu ist die Reise auch schlechter geworden, sie entspricht bis zu 20% unterdurchschnittlicher Kohle. Auch die elektrische Kohle ist auf 69,50 ℳ gestiegen, und entsprechend haben sich die Schienen- und Schwellenpreise usw. gestaltet.

Mit der Tariferhöhung wird nicht etwa ein Geschäft gemacht, sondern nur ein Teil des Fehlbetrages gedeckt. Wollten wir wie ein Kaufmann etwa noch 10 Prozent Gewinn zuschlagen, so müßten wir die Tarife um 150 Prozent erhöhen. Aber diese Erhöhung wurde schließlich nur auf dem Papiere stehen, weil der Verkehr entsprechend geringer würde. Wir müssen also in den sauren Apfel beißen. Verschiedene Bundesstaaten waren für eine Erhöhung um 100 Prozent, auch manche Industriekonferenz; aus kurzsichtigen volkswirtschaftlichen Erwägungen wollen wir uns mit 50 Prozent begnügen. Auch diese Erhöhung bedeutet eine sehr starke Mehrbelastung der Volkswirtschaft. Beim Personenverkehr steigt der Kilometerpreis in der vierten Klasse von 2 auf 4½, in der dritten von 3 auf 7,2 Pfg., so daß die dritte Klasse jetzt mehr zahlen muß, als in Friedenszeiten die erste; in der zweiten Klasse geht der Einheitspreis von 4½ auf 11, in der ersten von 9 auf 27 Pfg. heraus. Das sind ganz anständige Steigerungen. Die Fahrt Berlin—Stettin kostet in der vierten Klasse statt 4,2 ℳ 6,3 ℳ. Die Fahrt Berlin—Basel in der ersten Klasse statt 70,8 ℳ jetzt 209,7 ℳ. Das System der Arbeiterwochenkarte wird umgestaltet, es werden Monatskarten für die vierte Klasse zu den bisherigen Sätzen plus 50% ausgegeben werden und von diesen werden Wochenkarten abgewogt, welche ⅞₀ des Betrages kosten sollen; die Karten werden aber nicht mehr bloß für Arbeiter, sondern ganz allgemein dem reisenden Publikum zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeiterrückfahrkarte bleibt bestehen. Eine andere Kontrolle wird eingeführt werden, da die jetzige völlig versagt hat. Die Ziffern, welche der Abg. Paul Hoffmann über die Kohlenbestände auf den Halden angeführt hat, sind keinesweges erschreckend.

Tatsächlich aber ist ein großer Schiffsraum unbenutzt vorhanden gewesen. Die Abfuhranweisungen für die Kohle werden aber nicht von der Eisenbahnverwaltung und auch nicht von den Kohlenmagnaten, sondern von dem Reichskohlenkommissar erteilt, und dieser hat den größten Nachdruck darauf gelegt, daß die Abfuhr durch die Eisenbahn geschieht, weil bei der Beförderung auf Flüssen ein Bakuum von etwa 14 Tagen eingetreten wäre, während es doch überall an Kohlen fehlt. Ich habe, um möglichst für einen Ausgleich zu sorgen, einen Pendelverkehr von Gleiwitz—Kattowitz nach Stettin eingerichtet beschleunigt, wobei neben der Kohle zum unmittelbaren Verbrauch noch ein Block Kohle abgeliefert werden sollte. Darüber ist etwas länger verhandelt worden, als nötig gewesen wäre; jetzt ist ein Einverständnis erzielt, aber wahrscheinlich wird der Wasserverkehr durch den jetzigen schlechten Wasserstand ungünstig beeinflußt werden. Nicht kapitalistische oder Magnateninteressen haben hier vorgelegen, sondern technische Schwierigkeiten. Mit dem Abgeordneten Brückner bin ich der Auffassung, daß wir alle verpflichtet sind, daran zu arbeiten, daß die Sicherheit des Gutes auf der Eisenbahn garantiert ist, daß die Zuverlässigkeit des Personals schon im Interesse seines guten Rufes wieder hergestellt wird. Aber Ungetreue muß hinausgeschafft werden; er gehört in einen anständigen Betrieb nicht hinein. Manches wird sich hier wohl bessern, wenn wir erst die Betriebsräte bekommen haben. Ob wir wirklich 170 000 Mann zu viel haben, ist außerordentlich schwer bestimmt zu sagen. Unser Kopfheer zählt jetzt über 800 000. Allmählich muß ein Ausgleich erfolgen, aber ich möchte es ablehnen, mit rauher Hand einzugreifen und 170 00 Mann auf die Straße zu setzen, denn ich bin nicht bloß Eisenbahnminister, sondern auch Staatsminister, der mit dafür sorgen muß, daß die Zahl der Arbeitslosen im Lande nicht größer wird.

Bekommen wir den Zustrom aus dem Osten und den Zustrom an Kriegsgefangenen, so werden für diese die gebrauchten Plätze freigemacht werden, indem wir zuerst diejenigen jungen Kräfte entlassen, die noch nicht lange bei uns sind; dabei werden wir natürlich in Verbindung mit den Arbeiterausschüssen und den Arbeitsnachweisen vorgehen. Die Elemente, die nicht arbeiten wollen, müssen auch dem Betrieb entfernt werden (Zustimmung); ich habe sämtliche Dezernenten hier in Berlin gebeten und sie für die Aufrührung meiner Erlasse in dieser Beziehung ausdrücklich verantwortlich gemacht. (Beifall.)